

Protokoll der StuPa-Sitzung vom 03.05.1979

Anwesend: Kollatz, Klär, Bohlen, Spille, Laux, Ferkinghoff, Senger, Heyer,
Heinz, Freytag, Hartung

Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Poser, Happel, Vorgang

Grießmann

Meisel, Bettermann, Winter, Reimann, Aldinger, Mehlbaum, Reis, Flöter,
Willnecker

Urban, Hauck, Warnke, Asmus, Braun, Frühwacht, Fuld.

v. Hopfgarten, Höhner

zu 1.:

Der TOP Wahlordnung wurde vorgezogen, weil der Wahlausschuß zur selben Zeit dringend auf eine Entscheidung des StuPa wartet. Der AStA erklärt, daß die Wahlen zu den Organen der Studentenschaft nach den in der vorläufigen Satzung der Studentenschaft festgehaltenen Regel und Bestimmung durchgeführt werden, d.h. mit Urnenwahl als Regelwahl. Die vom KuMi verlangte Änderung der Wahlordnung der TH bezieht sich nur auf die Wahl von Konvent und Fachbereichsräten. Die vom AStA beantragte einstweilige Verfügung richtet sich gegen diese Änderung und soll bewirken, daß auch die Wahlen zum Konvent und Fachbereichsräten als Urnenwahl durchgeführt werden.

Zum Antrag des AStAs zur Wahlordnung (Anl. 1) werden folgende Änderungsanträge gestellt:

- staatlich verordnet (1 Zeile) zu streichen (Antrag UDS)
10 Für-, 9 Gegen-Stimmen, 7 Enthaltungen
Damit ist der Antrag abgelehnt.
- Wir lassen uns vom KuMi nicht vorschreiben, auf welche Weise wir unsere Interessenorgane wählen! zu streichen (Antrag RCDS)
5 Für-, 21 Gegen-Stimmen
Damit ist der Antrag abgelehnt.
- Das StuPa beauftragt den Wahlausschuß entsprechende Vorbereitungen zu treffen,

anzufügen. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Der so veränderte Antrag (Anl. 1) wird bei 3 Gegen-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

zu 0.:

Da beide Schriftführer zurückgetreten sind, wird vom Präsidium der Antrag gestellt den TOP 5, Nachwahl Präsidium, vorzuziehen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich angenommen. Das Protokoll der StuPa-Sitzung vom 26.4.79 wird mehrheitlich angenommen.

Tagesordnung:

1. Wahlordnung
0. Formalia
2. Nachwahl Präsidium
3. Bericht AStA
4. TH-VV
5. AStA-Aktionsprogramm
6. Nachwahl AStA
7. a. Finanzanträge
b. Anträge
8. Verschiedenes

zu 2.:

Es werden beide Schriftführer geheim in einem Wahlgang gewählt, Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

Tobias Reis	19 Stimmen
Ulrike Laux	22 Stimmen
Jörg Asmus	9 Stimmen

Bei 2 Enthaltungen sind damit U. Laux und T. Reis als Schriftführer gewählt.

zu 3.:

Der AStA informiert kurz über die laufenden Angelegenheiten und gibt dann auf Fragen Auskunft. Fachschaftsreferat: Die geplante Wub zu Studienverschärfungen, zu der aus den einzelnen Fachschaften Berichte kommen sollten, konnte mangels Beteiligung noch nicht in Angriff genommen werden. Sozialreferate: Die Mitgliedschaft des ~~FStA~~ beim Mieterverein gilt nur für Probleme mit den Studentenwerkseigenen Studentenwohnheimen. Bei privaten Problemen steht Herr Rathgeber vom Studentenwerk (Sprechstunde Mi, 14.00 - 16.00 Uhr) zur Verfügung. Die geplante Wub zu Ausländerfragen hat wenig Resonanz gefunden. Das Interesse

liegt primär in ihren Heimatländern, nicht darin, sich hier in Deutschland zu artikulieren. Für Freitische wären 4.000. - 5.000,- DM nötig, doch die um Spenden gebetenen Firmen reagieren meist ablehnend auf Anfragen des AStA. Der evtl. Überschuß aus gewerblichen Referaten des AStA könnte in die Finanzierung der Freitische gesteckt werden.

zu 4.:

T. Heyer (JHG) stellt den Antrag, die in der VV beschlossenen Anträge zu übernehmen. Die Abstimmung wird bis zum Schluß der Debatte verschoben. Das Problem der Mobilisierung auf Vollversammlungen wird andiskutiert. D. Bettermann (BG) erklärt, daß die Mobilisierung nicht in Werbung ausarten darf. Es werden mehrere Vorschläge gemacht, wie "normale" Studenten nicht nur immer die selben Politfunktionäre Redemöglichkeit erhalten könnten. z.B.:

- Nur je 2 Leute einer politischen Gruppe dürfen auf der VV reden.
Gegenargument: das führt zu Maßnahmen, die denen des Verfassungsschutzes ähneln.
- Nur je 5 Leute auf der Rednerliste stehen zu lassen.
- Losverfahren nach Statements der Politischen Gruppen.
Gegenargument: Führt zur Bürokrati-sierung.

Das Präsidium ist gewillt, geeignete Maßnahmen bei der nächsten VV einzusetzen. Ein GO- auf Schluß der Rednerliste wird ohne Gegenrede angenommen.

Die VV-Anträge (Anl. 2) werden bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen übernommen. Die Basisgruppen beantragen 10minütige Sitzungspause. Als die erste Abstimmung darüber angezweifelt wird, ergibt die Wiederholung, 16-Für-, 12-Gegen-Stimmen 1 Enthaltung. Die Sitzung wurde um 21.30 Uhr unterbrochen und 21.50 wieder aufgenommen.

zu 5.:

Siehe Anlage 3 - GO auf sofortige Abstimmung wird mit 14-Für-, 10 Gegen-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Der Änderungsantrag "linksradikal" in Punkt 6 zu streichen wird übernommen. Ein GO auf Nichtbefassung von U. Klär (JHG), da das Programm kein von allen Beteiligten erarbeitetes AStA Programm sei, wird bei 16-Für-, und 9 Gegenstimmen angenommen.

zu 6.:

Es liegen dem Präsidium die Rücktrittserklärungen von U. Klär (JHG), F. Bohlen (JHG) sowie R. Schneider (BG) und L. Ewald (BG) vor, so daß eine Nachwahl zum AStA nötig wird.

H. Spille (JHG/AStA) stellt einen Mißtrauensantrag gegen G. Aldinger (BG). M. Kollatz (JHG) erläutert die gegenwärtige Lage der Koalitionsverhandlungen W. Grießmann (SHI) hält ein destruktives Mißtrauensvotum gegen einen Referenten mit 21 Stimmen für möglich. Dabei muß nicht gleichzeitig ein neuer Referent gewählt werden.

Daraufhin ergibt sich eine nicht beschlossene Sitzungsunterbrechung von 22.30 Uhr bis 22.50 Uhr.

Der Mißtrauensantrag wird von H. Spille zurückgezogen.

Es wird alternativ darüber abgestimmt, ob zuerst der Hochschul- oder der Fachschaftsreferent gewählt werden soll. Für den Fachschaftsreferenten stimmten 12- für den Hochschulreferenten 4 Parlamentarier.

Für das Fachschaftsreferat wurden vorgeschlagen: A. Freytag (JHG) und W. Grießmann (SHI).

A. Freytag	24. Stimmen
W. Grießmann	0 Stimmen
	2 ungültig
	2 Enthaltungen

Damit ist A. Freytag im 1. Wahlgang als Fachschaftsreferent gewählt.

Die alternative Abstimmung, ob zunächst Hochschul- oder Sozial I Referat gewählt werden soll ergibt: 15- gegen 11-Stimmen für das Hochschulreferat.

Als Kandidaten werden D. Meisel (BG) Und W. Heinz (JHG) vorgeschlagen.

Die Wahl ergab: D. Meisel	3 Stimmen
W. Heinz	10 Stimmen
	6 ungültig
	2 Enthaltungen

Damit hat keiner der Kandidaten im 1. Wahlgang die erforderliche Mehrheit erhalten. Der Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit ergibt, daß das StuPa bei 20 anwesenden Parlamentariern nicht mehr beschlußfähig ist.

Die Sitzung wird um 23.40 Uhr abgebrochen.

gez. Ulrike Laux

Anlage 1

Antrag des AStA zur Wahlordnung

DIE VV DER THD LEHNT ES AB SICH AN EINER STAATLICH VERORDNETEN WAHL ZU DEN ORGANEN DER STUDENTENSCHAFT ZU BETEILIGEN
(BRIEFWAHL ALS REGELWAHL MIT ANSCHLIESSENDER MÖGLICHKEIT DER ABGABE DER BRIEFWAHLUNTERLAGEN AN DER URNE)

EINE BRIEFWAHL ALS REGELWAHL, WIE SIE DAS GESETZ VORSCHREIBT, LEHNEN WIR GRUNDSÄTZLICH AB, DA EINE GENERELLE BRIEFWAHL GEGEN GRUNDLEGENDE DEMOKRATISCHE PRINZIPIEN VERSTÖSST :

ALLEIN DIE BREITE ÖFFENTLICHE BETEILIGUNG BEI URNENWAHLEN STELLT SICHER , DASS JEDER FREI, GEHEIM UND UNBEEINFLUSST DURCH DRITTE WÄHLEN KANN ,

WEITERHIN STELLEN WIR FEST, DASS UNSERE FÜR DIE STUPA-UND FACHSCHAFTSWAHLEN GELTENDE SATZUNG WEITERHIN GILT UND WIR DAHER DIE WAHLEN NACH DIESER SATZUNG DURCHFÜHREN WERDEN .

WIR LASSEN UNS VOM KUMI NICHT VORSCHREIBEN, AUF WELCHE WEISE WIR UNSERE INTERESSENSVERTRETUNGSORGANE WÄHLEN !

DAS STUPA BEAUFTRAGT DEN WAHLAUSSCHUSS ENTSPRECHEND VORBEREITUNGEN ZU TREFFEN!

Anlage 2

Antrag der Heimsprecher des Studentenwohnheims Heinrichstraße an die TH-VV:

Die TH-VV lehnt die Aufspaltung der Wohnheimmieten in Grund- und Kostenmiete ab. Sie lehnt die Versuche des Studentenwerks entsprechende Mietverträge in allen Darmstädter Wohnheimen durchzusetzen ab. Sie fordert die Zurücknahme dieser Verträge durch das Studentenwerk und Ersetzung durch solche, in denen nur eine einheitliche Miete in bisheriger Höhe vorgesehen ist.

Alle Schritte der Wohnheimbewohner gegen die Einführung der Kostenmiete haben die Unterstützung der TH-VV. Der AStA wird beauftragt die Wohnheimbewohner gegen das Studentenwerk zu unterstützen, insbesondere mit Flugblättern und Veröffentlichungen.

Anlage 2 (Forts.)

ZUR REGELSTUDIENZEIT (MELDEFRISTEN)

DIE VV MÖGE BESCHLIESSEN EINE PROTESTDEMONSTRATION AM 15. MAI
UNTER DEN FORDERUNGEN :

- KEINE EINFÜHRUNG DER REGELSTUDIENZEIT MIT ZWANGSEXMATRIKULATION
KEINE EINFÜHRUNG DER MELDEFRISTEN ZU DEN PRÜFUNGEN
- KEINE ZWANGSERLASSENE STAATSWAHLEN - KEINERLEI STAATLICHE EINGRIFFE
IN DIE INTERESSENSVERTRETUNGSORGANE DER STUDENTEN
- VERTEIDIGUNG DER SELBSTVERWALTUNG DER HOCHSCHULE GEGEN STAATLICHE
EINGRIFFE

DURCHZUFÜHREN .

ZU DIESER DEMONSTRATION SIND NICHT NUR ALLE STUDENTEN SONDERN AUCH
ALLE ANDEREN HOCHSCHULANGEHÖRIGEN AUFGERUFEN!

REGELSTUDIENZEIT IST NICHT NUR EINE MASSNAHME ZUR SELEKTION , SONDERN
EBENSOSEHR EIN MITTEL ZUR ZERSTÖRUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN ARBEITENS
AN DER HOCHSCHULE.

WIR MÜSSEN MIT DIESER DEMONSTRATION ZEIGEN , DASS UNSER BISHERIGER
WIDERSTAND NICHT NUR EIN "PAPIERTIGER" IST !

DESHALB RUFEN WIR DEN KONVENT AUF , ALLE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN MIT
ZUR DEMONSTRATION AUFZURUFEN UND FÜR DIESE ZEIT VORLESUNGSFREI ZU
EMPFEHLEN.

WEITERHIN RUFT DIE VV DER STUDENTEN DER THD AUF ZUR SENATSSITZUNG
AM 14. MAI ZU KOMMEN , UM DORT UNSEREM WILLEN AUSDRUCK ZU VERLEIHEN,
DASS DER SENAT NICHT DIE MELDEFRISTEN IN DIE PO ÜBERNIMMT!

4. Eine weitere Maßnahme, die Studienbedingungen zu verschlechtern, sind die Abwälzungen der Studienkosten auf die Studenten, ob in der Form, daß das Skript bezahlt werden muß oder die Kopien von Referaten und Literatur. Wir können uns diese zusätzlichen Kosten nicht erlauben. Wir fordern deshalb die Bezahlung sämtlicher Studienmaterialien durch die Hochschule und die Institute.

Die VV fordert die Fachschaften auf, durch Vorlesungsbesuche, FS-Wen und anderer wirksamer Aktionen, die Studenten zur Senats-
sitzung zu mobilisieren.

Der ASTA organisiert noch vor dem 15. Mai eine Erst- bzw.
Zweitsemester VV zur Regelstudienzeit.

1. Arbeit zur Verbesserung der Studienbedingungen

1.1. Regelstudienzeit

- Analyse der Rolle und Auswirkungen der Regelstudienzeit
- Durchführung einer Vollversammlung der von der "Übergangsregelstudienzeit" Betroffenen
- Koordinierung des Kampfes gegen die RSZ an den Fachbereichen
- Protestaktionen am 15. 5.
- Vorbereitung weiterer Protestaktionen (evtl. Warnstreiks, Demonstrationen, Hochschultage)

1.2. Studienreformatarbeit

- Kritische Reflektion über Studieninhalte (siehe 4)
- Aufarbeitung, Zusammenstellung und Information über studentische Alternativvorstellungen
- Übersicht und Information über Stand der Studienreform an den verschiedenen Hochschulen
- Übersicht und Information über Stand der Studienreform an der THD
- Koordinierung der Studienreformatarbeit innerhalb der THD dazu Gremienarbeit

1.3. Studienverschärfung und Prüfungen

- Information über Studien- und Prüfungsbedingungen
- Auswirkungen auf Lernverhalten und sozialisation untersuchen
- Gemeinsame Arbeit mit Psychotherapeutischer Beratungsstelle

1.4. Orientierungseinheiten

- Informatio über Arbeit der OEs
- Koordinierung der Arbeit der OEs
- Dazu Podiumsdiskussion mit HDZ und Fachschaften
- ev. Beteiligung an OEs

1.5. Hochschuldidaktik

- Information + Zusammenstellung von Material zu Hochschuldidaktik
- veranstaltung zu Thema Hochschuldidaktik

2
Anlage 3

2. Hochschulpolitische Arbeit allgemein

2.1. Koordinierung der Arbeit der Fachschaften

- Ständig Kontakt zwischen AStA und Fachschaften halten
- Teilnahme von AStA-Referenten an FS-Sitzungen
- Information in WUB über Arbeit der Fachschaften

2.2. Zusammenarbeit der Hochschulgruppen

- Versuch Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit Kultusministerium zu finden
- Kontakt zwischen den Gruppen halten und ein Gespräch zu ermöglichen
- Klarstellen von Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den Gruppen

2.3. Öffentlichkeitsarbeit

- Darstellung der Situation der Studenten
- Überwindung der Isolation und Vorurteile
- Erstellung einer Bevölkerungszeitung

2.4. Überregionale Zusammenarbeit der Studentenschaften

- Förderung gut funktionierender VDS fachtagungen und Projektbereiche
- Prüfung der Möglichkeiten eines Landes-zusammenschlusses
- Intensivierung der Arbeit auf Landesebene
- Kommunikation mit anderen Studentenschaften
- Patenschaften mit anderen Hochschulen
- Perspektiven ohne VDS überdenken
- Informationsveranstaltung mit Vertretern von unabhängigen Studentenschaften und gewerkschaftlichen Gruppen

2.5. Politische Disziplinierung der Studentenschaft

- Solidarität mit von Repressionsmaßnahmen betroffenen Studenten
- Kampf gegen Zensur, finanzieller Austrocknung und politischer Disziplinierung

2.6. Perspektiven der Studentenpolitik

- Untersuchen, warum die polit. Arbeit auf immer weniger Interesse stößt
- Aktivierung von Studenten zur Teilnahme an der Arbeit der Studenschaftsorgane und Initiativen
- Diskussion mit Interessierten Studenten auf einem Wochenendseminar

3. Soziale Situation der Studenten

3.1. BaFÖG

- Information über BaFÖG (historische Entwicklung)
- Erstellung einer Sozialstatistik
- evtl. Mobilisierung zu einer bundesweiten Demo in Bonn

3.2. Wohnen

- Untersuchung und Gegenüberstellung der Situation in Wohnheimen, Privatwohnungen etc..
- Untersuchung der besonderen Situation der THD als Pendleruniversität
- Initiativen zur Bereitstellung von Wohnraum (insbesondere an die Stadt)
- Aktionen gegen Zweckentfremdung von Wohnraum

3.3. Sozialisation und Lebensbedingungen

- Verbesserung der Kommunikation und Solidarität unter den Studenten (KOZ)

4. Kritische Reflektion über Studieninhalte

- insbesondere über Wesen und Folgen der derzeitigen Ausbildung
- Formulierung von Zielvorstellungen und Perspektiven für eine problembewusste Ausbildung
- Information über bestehende Aktivitäten
- Förderung von Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit den gelehrten Inhalten der einzelnen Fachwissenschaften (z. B. Umweltschutz, Kerntechnik, Rationalisierung, Datenschutz etc.)
- Anregung zur Bildung von Arbeitsgruppen

5. Politische Arbeit an der Hochschule

Information über politische Situation in der BRD

Information über politische Situation in anderen Staaten

Internationalismusarbeit

- Informationen zu polit. Geschehen sammeln
- Publikation in WUB und Flugblättern
- dazu Veranstaltungen durchführen
- Kontakt zu Ausländergruppen halten

6. Kulturarbeit

- Linksradikele kulturveranstaltungen für Studenten und Andere durchführen
- dazu Konzeption des Schloßkellers überdenken
- Möglichkeiten der Schaffung eines Kommunikationszentrums prüfen

Anlage 3 (Forts.)

stupa - info

Studentenschaft der THD

17.1.79

- P A R L A M E N T S P R Ä S I D I U M -

Das Parlamentspräsidium informiert

Im Juni werden an der TH Darmstadt wieder Wahlen zu den "Kollegialorganen" Konvent und Fachbereichsräten und zu den Interessensvertretungsorganen der Studentenschaft, Studentenparlament und Fachschaftsräte stattfinden. Um diese Wahlen hat es in jüngster Zeit heftige Auseinandersetzungen gegeben, im Verlauf derer der RCDS den Präsidenten der TH Darmstadt aufforderte, von seiner Rechtsaufsicht extensiv Gebrauch zu machen und die Wahlen der Studentenschaft kurzerhand zu verbieten. Im Einzelnen forderte der RCDS vom Präsidenten der THD:

- "1. den jetzigen Wahlausschuß des Amtes zu entheben und sofort einen neuen einzusetzen, damit die o.a. Wahlen gemäß § 65 HHG gleichzeitig mit den Wahlen zum Konvent durchgeführt werden können,
2. dafür zu sorgen, daß alle amtlichen Hilfestellungen (Wahlamt der THD) zu den beabsichtigten rechtswidrigen Wahlen der Studentenschaft unterbleiben,
3. Ihre Rechtsaufsichtspflicht über die Studentenschaft auszuüben und dafür zu sorgen, daß die vom AstA geplanten Wahlen nicht stattfinden....."
- (s. Flugblatt d. RCDS vom 7.5.1979)

Was ist der Hintergrund dieses Konflikts?

In der 3. Lesung des Hess. Hochschulgesetzes (HHG) vom Juni 1978 wurde in das Gesetz ein Passus aufgenommen, der die Briefwahl als Regelwahl vorsieht - entgegen den seitherigen Regelungen nämlich der Urnenwahl als Regelwahl mit der Möglichkeit der Briefwahl (auf Antrag). An der TH Darmstadt - wie auch an den meisten anderen Universitäten - wurden mit der seitherigen Wahlpraxis durchweg gute Erfahrungen gemacht, was nicht zuletzt auch der sachgerechten Arbeit des Wahlamtes zu verdanken war.

Gegen die Briefwahl als Regelwahl werden, nicht nur in Darmstadt, schwere Bedenken vorgebracht

- massive Wahlfälschungen sind zu befürchten
- das Wahlgeheimnis ist nicht gewährleistet
- mit der generellen Briefwahl sind enorme Kosten verbunden (mind. 20.000,-- DM für die THD)
- die Wahlen werden entpolitisiert auf die Stufe eines Verwaltungsktes gesenkt.

Aus diesen Gründen hat der TH-Konvent eine Wahlordnung beschlossen, die die seitherigen bewährten Regelungen enthielt. Trotz Aufforderung des Kultusministers konnte sich der Konvent nicht dazu entschließen, die vom Kultusminister gewünschte Briefwahl als Regelwahl in die Wahlordnung der THD aufnehmen und beauftragte stattdessen den Präsidenten der TH Darmstadt rechtliche Schritte gegen die oktroyierte Briefwahl einzuleiten.

Das StuPa der TH Darmstadt war der Auffassung, daß aufgrund der o.a. grundsätzlichen Argumente gegen eine Briefwahl als Regelwahl u.d. Tatsache, daß die Studentenschaft eine gültige Satzung hat, in der die Urnenwahl vorgesehen ist, die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachbereichsräten nach den seitherigen bewährten Regelungen als Urnenwahl durchzuführen. Dieser Auffassung schloß sich auch der Wahlausschuß mehrheitlich an. Das StuPa beauftragte weiterhin den AStA beim Verwaltungsgericht Darmstadt Klage gegen die vom Kultusminister oktroyierte Wahlordnung zu erheben und einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die Wahlordnung zu stellen (bisher hat das Verwaltungsgericht Darmstadt noch nicht entschieden).

Der RCDS hat als einzige studentische Gruppe diese Beschlüsse abgelehnt, hat jedoch selbst keinen anderslautenden Antrag gestellt. Stattdessen forderte der RCDS in einem "offenen Brief" den Präsidenten der TH Darmstadt auf, von der Rechtsaufsicht über die Studentenschaft Gebrauch zu machen, und die anstehenden Wahlen zu verbieten.

Der für Satzungsfragen zuständige Ältestenrat der Studentenschaft hat sich am 9.5.79 mit diesen Vorgängen befaßt und ist zu folgender Auffassung gekommen:

" Die Wahlordnung für das Studentenparlament ist Teil der Satzung der Studentenschaft der THD. Diese wurde im Wege der Rechtsaufsicht am 1.6.74 vom Kultusminister erlassen. Die Studentenschaft hat sie nicht geändert. Der Kultusminister hat die Studentenschaft auch weder zu einer Änderung aufgefordert noch selbst eine Änderung erlassen.

Sie gilt nach wie vor.

Der Grundsatz, daß die Studentenschaft ihre Angelegenheiten selbst verwaltet, hat sich bisher bewährt. Immer wieder wurde dieser Grundsatz von den Studenten verteidigt. Umso unverständlicher erscheint der vom RCDS eingeschlagene Weg, sich mit den oben erwähnten Forderungen unmittelbar an den Präsidenten zu wenden und diesen zu satzungswidrigen Eingriffen aufzufordern.

Der RCDS hat seine Forderungen weder in Anträge an das Studentenparlament gefaßt noch den für die Auslegung der Satzung zuständigen Ältestenrat angerufen.

Der Ältestenrat fordert den Herrn Präsidenten auf, dem vom Studentenparlament gewählten Wahlausschuß die Unterstützung durch das Wahlamt der THD zu gewährleisten."

Rechenschaftsbericht Sozialreferat II

Meine Arbeit im Sozialreferat II war im wesentlichen durch zwei Bereiche geprägt: Wohnprobleme der Studenten und die Probleme der ausländischen Kommilitonen.

I. Wohnen

Die studentische Wohnsituation ist weiterhin sehr beschissen. Vermieterwillkür, unmögliche und teilweise sogar ungesetzliche Bedingungen in den Mietverträgen und Wohnungsknappheit prägen das Bild. Die Bereitschaft der Vermieter an Wohngemeinschaften zu vermieten ist weiter zurückgegangen und es wird oft versucht WG's aus ihren Wohnungen hinauszukündigen.

Meine hauptsächliche Tätigkeit in diesem Bereich war die Beratung betroffener Studenten. Es hat sich gezeigt, daß sehr viele Studenten nicht genau über ihre Rechte als Mieter informiert sind, was bei der Menge der zutreffenden Gesetze und ihrer unterschiedlichen Auslegung bei den Gerichten auch keine einfache Aufgabe ist. Hieraus ergibt sich, daß Beratung in Wohnangelegenheiten auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe des Asta bleibt.

Durch meine Beratung und die in schwierigeren Fällen von Rechtsanwalt Mansholt durchgeführten Rechtsberatungen konnte vielen betroffenen Studenten geholfen werden.

Ein weiteres großes Problem stellt die, oft rechtlich nicht abgesicherte, Weigerung des Wohngeldamtes dar, an Studenten Wohngeld zu zahlen. Auch auf diesem Gebiet führte ich Beratungen durch. Es bleibt Aufgabe des Asta in einem günstigen Fall hier einmal eine Gerichtsentscheidung herbeizuführen, da die Ablehnungen des Wohngeldamts oft rechtlich nicht einwandfrei sind.

Weiterhin versuchte ich ein regelmäßiges Treffen der Wohnheimsprecher zu initiieren. Dies scheiterte jedoch an mangelnder Beteiligung bereits beim Vorbereitungstreffen. Auch wurde die Notwendigkeit eines solchen Treffens von verschiedenen Wohnheimsprechern angezweifelt.

Es wurde jedoch vereinbart wichtige Nachrichten über das Sozialreferat, allen Wohnheimen zukommen zu lassen. Von dieser Möglichkeit wurde bis jetzt leider nur einmal Gebrauch gemacht.

II. Ausländerarbeit

Vorbemerkung: 984 ausländische Studenten stellen unter 10 488 deutschen Studenten (WS 77) keine kleine Minderheit dar.

Die Situation der ausländischen Kommilitonen ist von vielen Schwierigkeiten geprägt: die Schwierigkeit eine Wohnung zu finden, finanzielle Schwierigkeiten. Sprachprobleme, politische Bevormundung und Bespitzelung und nicht zu-letzt Nachteile in der Hochschule selbst, die aus der mangelnden Einsicht vieler deutscher Hochschulangehöriger in die besondere Problematik der ausländischen Studenten folgt. Ein weiteres großes Problem stellt das Studienkolleg dar. Dort werden ausländische Kommilitonen, in diskriminierender und auch wenig sinnvoller Weise, auf die Hochschule vorbereitet. Das Widerstandspotential der Kolegiaten ist gering, da sie durch den Stress des Übergangs in das deutsche Leben leicht einzuschüchtern sind und dies auch von der Bürokratie bisher ziemlich ausgenutzt wurde.

Die Problematik des Studienkollegs ist in der Hochschulöffentlichkeit kaum bekannt. Um dem entgegenzuwirken führte ich zusammen mit mehreren ausländischen Vereinen Mitte November eine Informationsveranstaltung durch, die auch auf sehr ^{große} Resonanz stieß. Eine weitere Veranstaltung, zusammen mit dem Ausländerarbeitskreis, Mitte Januar war jedoch weniger stark besucht.

Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Vereinen gestaltete sich teilweise schwierig, da bei vielen die Studienproblematik nicht im Vordergrund ihres Interesses steht oder sie durch die Ereignisse in ihren Heimatländern keine Zeit für solche Probleme aufwenden konnten, (z.B. Iran, Libanon). Mein Vorhaben eine WUB herauszubringen, in der die Vereine ^{über} die Situation in ihren Heimatländern, die Gründe für ihren Studienaufenthalt in der BRD und über ihre Schwierigkeiten hier berichten sollten, scheiterte mangels Beteiligung. Ich arbeitete im letzten Semester intensiv mit dem Ausländerarbeitskreis zusammen an dessen Treffen und Vorhaben ich mich beteiligte. Für den Asta verbleibt die Aufgabe zusammen mit den Betroffenen alternative Modelle zum Studienkolleg zu entwickeln und deren Durchführung von den zuständigen Stellen zu fordern, die Forderung nach besserem Sprachunterricht an der Hochschule (Ausbau des Bereiches Deutsch als Fremdsprache) und die Förderung der Kommunikation zwischen Ausländern und Deutschen.

Ein weiterer Teil meiner Arbeit war die Beratung deutscher Studenten, die ein Auslandsstudium machen wollten. Zu diesem Zweck besuchte ich ein Seminar des DAAD.

Im Rahmen meiner Mitarbeit im Iran Arbeitskreis führte ich ein Medikamentensammlung durch.

Zu kurz gekommen ist im Bereich des Sozialreferats II im letzten Semester der Kontakt zu Bürgerinitiativen und die Öffentlichkeitsarbeit Wohnen.

Protokoll der Vollversammlung der Studentenschaft der THD
am 3.5.79

Tagesordnung: 0.Wohnheime
1.Meldefristen
2.Wahlordnung
3.VDS-Mitgliedschaft
4.Anträge

Das Präsidium stellt fest: Die VV ist von Anfang an nicht beschlußfähig. Beschlossene Anträge können nur als Meinungsbild dienen.

zu 0.: Der Antrag zu den Wohnheimen wurde mit großer Mehrheit angenommen. (Anlage 1)

zu 1.: Nach dem Bericht des AStA (Begründung des Antrags) und den Redebeiträgen von MSB (Schwerpunkt zentrale Demonstration in Wiesbaden, Aktionstag in Darmstadt), KSB (Schwerpunkt Verdichtung der Arbeitszeit, 40 Stundenwoche, Bafög) und JHG (Beteiligung aller Hochschulangehörigen wichtig, dezentrale Demonstration) wurde die Debatte nach Abstimmung beendet. Der AStA-Antrag wurde mit eindeutiger Mehrheit als Grundlage angenommen. Als Ergänzung wurde noch Punkt 4 des KSB Antrages und 2 Punkte des MSB-Antrages angenommen. (Anlage 2)

zu 2.: Nach Berichten von AStA und Wahlausschuß sowie den Redebeiträgen (MSB, KSB, JHG, FS 1), die sich zum Teil in ihrem Informationsgehalt (Rechtsgrundlagen etc.) sehr stark unterschieden, wurde der AStA-Antrag zur Wahlordnung alternativ zum RCDS-Antrag mehrheitlich angenommen. (Anlage 3)

Die VV wurde um 15.45 Uhr mangels Masse abgebrochen.

gez. Tobias Reis
(Schriftführer)

Anlage 3

Antrag des AstA zur Wahlordnung

DIE VV DER THD LEHNT ES AB SICH AN EINER STAATLICH VERORDNETEN WAHL ZU DEN ORGANEN DER STUDENTENSCHAFT ZU BETEILIGEN
(BRIEFWAHL ALS REGELWAHL MIT ANSCHLIESSENDER MÖGLICHKEIT DER ABGABE DER BRIEFWAHLUNTERLAGEN AN DER URNE)

EINE BRIEFWAHL ALS REGELWAHL, WIE SIE DAS GESETZ VORSCHREIBT, LEHNEN WIR GRUNDSÄTZLICH AB, DA EINE GENERELLE BRIEFWAHL GEGEN GRUNDLEGENDE DEMOKRATISCHE PRINZIPIEN VERSTÖSST :

ALLEIN DIE BREITE ÖFFENTLICHE BETEILIGUNG BEI URNENWAHLEN STELLT SICHER , DASS JEDER FREI, GEHEIM UND UNBEEINFLUSST DURCH DRITTE WAHLEN KANN .

WEITERHIN STELLEN WIR FEST, DASS UNSERE FOR DIE STUPA-UND FACHSCHAFTSWAHLEN GELTENDE SATZUNG WEITERHIN GILT UND WIR DAHER DIE WAHLEN NACH DIESER SATZUNG DURCHFÜHREN WERDEN .

WIR LASSEN UNS VOM KUMI NICHT VORSCHREIBEN, AUF WELCHE WEISE WIR UNSERE INTERESSENSVERTRETUNGSORGANE WAHLEN !

Anlage 1

Antrag der Heimsprecher des Studentenwohnheims Heinrichstraße an die TH-VV:

Die TH-VV lehnt die Aufspaltung der Wohnheimmieten in Grund- und Kostenniete ab. Sie lehnt die Versuche des Studentenwerks entsprechende Mietverträge in allen Darmstädter Wohnheimen durchzusetzen ab. Sie fordert die Zurücknahme dieser Verträge durch das Studentenwerk und Ersetzung durch solche, in denen nur eine einheitliche Miete in bisheriger Höhe vorgesehen ist.

Alle Schritte der Wohnheimbewohner gegen die Einführung der Kostenniete haben die Unterstützung der TH-VV. Der AstA wird beauftragt die Wohnheimbewohner gegen das Studentenwerk zu unterstützen, insbesondere mit Flugblättern und Veröffentlichungen.

UR REGELSTUDIENZEIT (MELDEFRISTEN)

DIE VV MÖGE BESCHLIESSEN EINE PROTESTDEMONSTRATION AM 15.MAI
UNTER DEN FORDERUNGEN :

- KEINE EINFÜHRUNG DER REGELSTUDIENZEIT MIT ZWANGSEXMATRIKULATION
KEINE EINFÜHRUNG DER MELDEFRISTEN ZU DEN PROFUNGEN
- KEINE ZWANGSERLASSENE STAATSWAHLN - KEINERLEI STAATLICHE EINGRIFFE
IN DIE INTERESSENSVERTRETUNGSORGANE DER STUDENTEN
- VERTEIDIGUNG DER SELBSTVERWALTUNG DER HOCHSCHULE GEGEN STAATLICHE
EINGRIFFE

DURCHZUFÜHREN .

ZU DIESER DEMONSTRATION SIND NICHT NUR ALLE STUDENTEN SONDERN AUCH
ALLE ANDEREN HOCHSCHULANGEHÖRIGEN AUFGERUFEN!
REGELSTUDIENZEIT IST NICHT NUR EINE MASSNAHME ZUR SELEKTION , SONDERN
EBENSOSEHR EIN MITTEL ZUR ZERSTÖRUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN ARBEITENS
AN DER HOCHSCHULE.

WIR MÜSSEN MIT DIESER DEMONSTRATION ZEIGEN , DASS UNSER BISHERIGER
WIDERSTAND NICHT NUR EIN "PAPIERTIGER" IST !

DESHALB RUFEN WIR DEN KONVENT AUF , ALLE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN MIT
ZUR DEMONSTRATION AUFZURUFEN UND FÜR DIESE ZEIT VORLESUNGSFREI ZU
EMPFEHLEN.

WEITERHIN RUFT DIE VV DER STUDENTEN DER THD AUF ZUR SENATSSITZUNG
AM 14.MAI ZU KOMMEN , UM DORT UNSEREM WILLEN AUSDRUCK ZU VERLEIHEN,
DASS DER SENAT NICHT DIE MELDEFRISTEN IN DIE PO OBERNIMMT!

4. Eine weitere Maßnahme, die Studienbedingungen zu verschlechtern, sind die Abwälzungen der Studienkosten auf die Studenten, ob in der Form, daß das Skript bezahlt werden muß oder die Kopien von Referaten und Literatur. Wir können uns diese zusätzlichen Kosten nicht erlauben. Wir fordern deshalb die Bezahlung sämtlicher Studienmaterialien durch die Hochschule und die Institute.

Die VV fordert die Fachschaften auf, durch Vorlesungsbesuche, FS-VVn und anderer wirksamer Aktionen die Studenten zur Senats-
sitzung zu mobilisieren.

Der ACTA organisiert noch vor der 15. Mai eine Erst- bzw.
Zweitsemester VV zur Regelstudienzeit.

An das Präsidium des
Studentenparlaments
der TH Darmstadt

Darmstadt den
28.Mai 1979

Hiemit teile ich dem ehrenwerten Präsidium mit,
daß ich mit sofortiger Wirkung meine Ämter als
Referent im Allgemeinen Studentenausschuß und im
Studentenparlament niederlege.

Gerd Albring